

Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Verlags-Belle: Delbrücke Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 30 Hgr. durch den Herumträger. —
1 Mark 25 Hgr. durch die Post.

No. 111.

Mittwoch den 7. Juni.

1893.

„An die deutschen Handwerksmeister“

wird ein im Selbstverlag des Wahlvereins der deutschen Konfessionen gedrucktes Flugblatt in den Wahlkreisen verbreitet, aus dem man sich eine Vorstellung davon machen kann, was von der gepriesenen Gewerbefreiheit im deutschen Reich noch übrig bleiben würde, wenn die Deutschkonservativen im neuen Reichstage einen maßgebenden Einfluß gewinnen sollten. In diesem ungewöhnlich langen Schriftstück sind alle Anträge zur Beschränkung der Gewerbefreiheit, welche die Deutschkonservativen seit länger als 20 Jahren im Reichstage, glücklicher Weise vergeblich eingebracht haben, mit ängstlicher Sorgfalt aufgezählt, um zu beweisen, daß es einzig und allein der konservativen Partei im Reichstage zu verdanken ist, daß die Handwerkerforderungen liberalerseits nicht mehr totgeschwiegen werden konnten, sondern immer von Neuem wieder auf der Tagesordnung erscheinen mußten. Wie verhält es sich nun mit diesen Forderungen? Die Nothlage des Handwerkerstandes und des Kleinhandels ist in der Hauptsache durch die liberale Gesetzgebung, insbesondere durch die Gewerbefreiheit herbeigeführt worden. Es gehört eine mehr als gewöhnliche Kühnheit dazu, eine derartige Behauptung aufzustellen. Die Einführung der Gewerbefreiheit in Deutschland ist bekanntlich dem Reichstage von 1869. In Preußen war die allgemeine Gewerbeordnung, welche den Gewerbebetrieb von der Zunftspflicht löste, schon im Jahre 1845 erlassen worden; aber dieses Gesetz regelte nur die durch den Verfall der Zünfte geschaffenen Verhältnisse. Nicht die Reichsgewerbeordnung von 1869 und auch nicht die preussische von 1845 haben die Nothlage des Handwerks geschaffen. Schon in der Petition, welche der Heibelberger Gewerbeverein im Jahre 1848 an den deutschen Reichstag in Frankfurt a. M. richtete, hieß es: „Der Mittelstand ist größtentheils verarmt, der Credit vernichtet“. In einer Petition von 391 Handwerksmeistern der Stadt Bonn, welche im Jahre 1848 dem Minister Campauren überreicht wurde, war gefordert, daß nur ein Gehalt gehalten werden, daß kein Geselle vor dem 25. Lebensjahre Meister werden dürfe. Weitergehende Beschränkungen der Ertragung des Niederwuchts auf ein Gewerbe, Erziehung der Niederlassung, Beschränkung des Gebrauchs von Dampfmaschinen wurden schon damals gefordert. Diese Petition war das Signal zum Kampfe gegen die Gewerbefreiheit. Nach Durchführung derselben waren es erst recht die schwächeren Elemente des Handwerks, welche wirtschaftliche Schäden durch gesetzliche Maßregeln zu heilen geneigt waren, anstatt die für Alle gewonnene Freiheit zu benutzen, um den wirtschaftlichen Kampf mit Erfolg aufzunehmen und durchzuführen. Zu keiner Zeit hätte es dem Handwerk an der Möglichkeit gefehlt, durch Vereinigung zu Genossenschaften gegen das Uebergewicht des Kapitals anzukämpfen. Aber der Gedanke an die alten Zünfte hat einen Theil des Handwerks hypnotisirt und damit den Vorkämpfern der politischen Reaction die Handhabe geboten, diesen Theil der Handwerker als „Stimmvieh“ zu mißbrauchen. Im Jahre 1881 haben auch die entschiedenen Liberalen sich mit der Wiedereinführung freier Innungen einverstanden erklärt; aber gerade das Innungsgesetz von 1882 hat die Probe darauf geliefert, daß das Handwerk das Bedürfnis nach einer berufsgenossenschaftlichen Organisation nicht empfindet. Sämmtliche 10 223 Innungen, welche am 1. Dezember 1890 innerhalb des Reichsgebiets bestanden, zählten nicht mehr als 321 219 Mitglieder, also nur einen sehr kleinen Theil der selbstständigen Handwerker. Daher die Ueberzeugung, daß ohne Zwangsmaßregeln das, was man euphemistisch „Wiederbelebung des Handwerks“ nennt, unmöglich ist. Deshalb kämpfte man auf den Handwerktagen „wie die Löwen“ für den Geselligkeitsnachweis, um sich schließlich von den Vertretern der Reichsregierung sagen zu lassen, daß die Einführung des Befähigungsnachweises dem

Handwerk die Concurrenz mit den Fabriken und dem Großgrundbesitz erst recht erschweren müsse. Nach der letzten Handwerker-Conferenz hatte es in der That einmal den Anschein, als ob die intelligenteren Elemente gefunden seien, in die Wege einer genossenschaftlichen Organisation des Handwerks einzutreten. Leider aber hat diese Phase nicht lange gedauert. Sowie die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung sich am politischen Horizont zeigte, beeilten sich die Deutschkonservativen und das Centrum, ihre alten Anträge, die der Bundestag bereits mehr als einmal zurückgewiesen hatte, wieder auszugraben. „Auch in der verflochtenen Reichstagsession, heißt es in dem Flugblatt, hat die konservative Partei eine rege Thätigkeit für die Interessen des Handwerks entfaltet. Es ist auch manches (was ist das?) erreicht worden und jedenfalls ist die Regierung nunmehr dazu geneigt, den Schutz des Handwerks energischer als bisher in die Hand zu nehmen.“ Die Regierung wie die liberalen Parteien sind nach wie vor bereit, da, wo anerkannte Mißstände bestehen, die Hand zur Besserung zu bieten. Aber dazu gehört vor Allem die verständnisvolle Mitwirkung der Handwerker selbst. So lange diese sich von der Reaction ins Schleppjau nehmen und sich überreden lassen, daß durch ein paar Gesetzesparagrafen dem Handwerk der „goldene Boden“ gegeben werden könne, wird eine Heilung der bestehenden Mißstände nur erschwert und verzögert. Nicht in dem Kampfe gegen die Gewerbefreiheit, sondern in der Ausnutzung der Gewerbefreiheit zur selbstständigen Organisation des Handwerks liegt das Heil, wie das die besseren und intelligenteren Elemente schon längst erkannt haben.

Politische Uebersicht.

Der Heres-Ausschuß der ungarischen Delegation bearbeitet die Generaldebatte des Heresordinariums. Im Laufe derselben erklärte der Kriegsmiister, man müsse mit der Steigerung der Wehrkraft anderer Staaten Schritt halten, betonte aber auch schon im Frieden notwendige Ausgestaltung der Kadres, wofür die geforderten Offiziere bestimmt seien, und rechtserfahrene die Vornehmung der Stabsoffiziere und Generale mit dem plötzlich eintretenden Wehrbedarf im Kriegsfall. Die Bildung neuer Divisionen und Corps aus den Ersatzkörpern sei nicht beabsichtigt. Bei der Eigenart der Kriegsvorgänge jedoch könne man keine Bürgschaft dafür geben, daß die Ersatztruppe vor dem Uebergang in Feldtruppen nicht in Gefechtsaktion komme. Die allseits gewünschte Verbesserung der Stellung der Militärärzte sei notwendig, die Erziehung der 16. Batterie bei jedem Corps bedeute keine Neuorganisation, sondern lediglich eine zweckmäßige Reorganisation der Feldartillerie. Im Laufe der Spezialberatung am Montag wurden keine Abänderungsbeschlüsse gefaßt. In ein Exemplar der Provinzialführer und der zusammenlegbaren Traggelbe wurde praktisch den Mitgliedern der Commission demonstriert.

Conkans, der frühere französische Minister des Innern, hat am Sonntag in Louloue eine längere politische Rede gehalten, an deren Schluß er betonte, daß Frankreich sich seiner Kraft nur bedienen, um im Innern Allen die Wohlfahrt und nach außen hin den Frieden zu sichern unter völliger Wahrung seiner Rechte, denen es bei Allen und überall Achtung zu verschaffen entschlossen ist.

Im schweizerischen Kanton Bern wurde in der Volksabstimmung die neue fortschrittliche Verfassung für den Kanton mit 55 000 gegen 15 000 Stimmen angenommen. Die bisherige Verfassung, die älteste aller kantonalen Verfassungen, wurde im Jahre 1846 eingeführt.

Der italienische Senat stimmte fast ohne Debatte den Kapiteln 1, 2 und 4 des Pensionsgesetzentwurfs zu. Bei Kapitel 3, betreffend die Errichtung einer Sparkasse für neuangestellte Civil- und Militärsbeamte, erklärte sich der Schatzminister

Orinaldi für die Annahme einer aufstrebenden Tagesordnung, durch welche die Regierung aufgefordert wird, im November eine neue Vorlage über die Einrichtung der neuen Pensionskassen einzubringen. Der Senat genehmigte diese Tagesordnung und nahm darauf in geheimer Abstimmung mit 137 gegen 113 Stimmen die gesammte Vorlage an.

Das Verbot des Robbenfanges in dem Beeringsmeere, welches im Jahre 1891 für britische Schiffe erlassen wurde, ist von der britischen Regierung in einer vom 16. Mai d. J. datirten und in der amtlichen „London Gazette“ vom 19. Mai d. J. veröffentlichten Verordnung bis zum 1. Mai 1894 verlängert worden.

Im spanischen Senat ergab die Abstimmung über den Bericht der Commission, welche die gerichtliche Verfolgung des ehemaligen Madrider Bürgermeisters Bosch befürwortet, Stimmengleichheit; gemäß der Geschäftsordnung muß daher die Abstimmung als geheime in der nächsten Sitzung des Senats wiederholt werden. — Der spanische Ministerrath beschloß, anlässlich der Budgetberatung die Vertrauensfrage zu stellen. — Der Kriegs- und Marineminister brachten Vorlagen ein, wonach die Präsenzstärke der activen Landarmee auf 80 000 Mann und diejenige der Marine auf 7000 Mann festgesetzt wird.

Die bulgarische Verfassungsänderung, welche nunmehr von der Sobranje endgiltig erledigt worden ist, betrifft in der Hauptsache folgende Punkte: Der Fürst führt den Titel „Zarsko Visotschestvo“, ebenso der Thronfolger. Dieser Titel entspricht etwa der „kaiserlichen Hoheit“. Der erste Nachfolger des gewählten Fürsten braucht nicht der orthodoxen Religion anzugehören. Der Fürst hat das Recht, Orden zu verleihen. Die Abgeordneten zur Sobranje werden für fünf Jahre gewählt, auf 20 000 Bulgaren beiderlei Geschlechts entfällt ein Abgeordneter. Früher wurde auf 10 000 Seelen ein Abgeordneter für drei Jahre gewählt. Die Befähigung der Sobranje ist bei Anwesenheit von mehr als einem Drittel der Abgeordneten vorhanden. Früher wurde die Hälfte verlangt. — Die geheime Stimmenabgabe kann nur auf Antrag von 10 Mitgliedern und nach Annahme dieses Antrags durch die Sobranje geschehen. Die letztere Bedingung fehlte bisher in der Verfassung. — Der Fürst hat das Recht, unvorhergesehene Ausgaben des Staates bis zu einer Höhe von einer Million Francs zu gestatten. Die alte Verfassung setzt diese Höhe auf 300 000 Francs fest. — Allen Abgeordneten werden Tagegelde gezahlt. Früher hatten nur die ein Recht auf Tagegelde, welche an einem anderen Orte lebten, als an dem, an welchem die Sobranje tagte. Die Tagegelde wurden auf 20 Francs festgesetzt. Die Zahl der Abgeordneten zur großen Sobranje wird auf die doppelte Zahl der Abgeordneten zur gewöhnlichen Sobranje festgesetzt. Es werden zwei neue Ministerien geschaffen: das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und des Verkehrs. — Die Wahlen zur bulgarischen Sobranje sind durch Dekret des Fürsten Ferdinand auf den 18. (30.) Juli anberaumt worden.

Aus dem serbischen Kabinet wird gemeldet, daß sämtliche radikalen Kabinetmitglieder in die Suspensionskammer gewählt worden sind. Der Kriegsminister Franzosowitsch und der Minister für öffentliche Arbeiten, Stanfowitsch, wurden nicht gewählt. Allem Anschein nach sind die grundlofen Gerichte von einer unmittelbar bevorstehenden Reorganisation des Kabinetes auf letzteren Umfang zurückzuführen. — Erzfürstin Natalie wird nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten von Sinaja aus, bevor sie nach Warschau zurückkehrt, einer Einladung des russischen Kaiserpaars nach Petersburg folgen, um daselbst einige Tage zu verweilen.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. Der Kaiser hatte gestern Morgen in die Umgegend von Potsdam einen

Kaiserin Friedrich hat Montag Vormittag 11 Uhr von Cronberg die Reise nach Griechenland angetreten. — Prinz Friedrich August von Sachsen, welcher gegenwärtig zum Besuch in Berlin weilt, hat sich eine Erlaubnis zum Besuch, wodurch er veranlaßt ist, das Zimmer zu räumen. — Prinz Victor von Italien, Graf von Turin, wird während der nächsten Tage den Kavallerie-Besichtigungen bei Berlin und Potsdam beiwohnen und sodann am Sonnabend Berlin wieder verlassen.

Der Kaiser, so berichtet man, hat sich neulich auf einer Gesellschaft bei einem Diplomaten gutem Benehmen nach in Bezug auf den Vorschlag einer Verenderung des bestehenden Reichstagswahlrechtes für den Fall der wiederholten Ablehnung der Militärvorlage entschieden ablehnend geäußert.

Der Großherzog von Baden hat in Offenburg bei der Enthüllung des Kriegerdenkmals erklärt, er sei längst bei seiner Rede in Heidelberg vielfach mißverstanden worden. Indem der Großherzog auf eine Aeußerung Bezug nahm, welche vor langen Jahren Herzog Karl von Oesterreich gemacht über den Krieg im Allgemeinen als das größte Uebel und über die Nothwendigkeit, alle nur möglichen Kräfte beim Ausbruch des Krieges anzubieten, forderte der Großherzog auf, den geraden Weg der Ehre zu gehen und solche Männer zu wählen, welche die Kraft und Macht des deutschen Reiches höher halten als den Parteigeist und welche in der Militärvorlage den Weg erkennen, das deutsche Reich vor Demüthigungen zu bewahren.

(Fürst Bismarck) läßt sein Organ, die „Hamb. Nachr.“, sich gegen die Wiederholung der Reichstagsauflösung aussprechen. Es sei nicht wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen im Ganzen daran denken, die offizielle Drohung auszuführen, wenn die Neuwahlen eine Mehrheit gegen die Vorlage ergeben sollten. Dem stehen doch erhebliche Bedenken entgegen. Allerdings existirt in der Verfassung keine Vorschrift, welche es verböte, wegen einer und derselben Sache zweimal oder noch öfter hintereinander den Reichstag aufzulösen; aber dies würde gegen den Geist der Verfassung verstoßen. Eine nochmalige Auflösung wegen derselben Sache würde ein Verstoß gegen das ne bis in idem und gegen die Würde sowohl der verbündeten Regierungen wie des deutschen Volkes sein. Man muß annehmen, daß, wenn die Wähler auf ausdrückliche Befragung durch eine Neuwahl ihr Votum über eine bestimmte Frage abgegeben haben, sie dies in Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit und mit ruhiger Ueberlegung gethan haben; eine wiederholte Auflösung entzöge daher die Zustimmung an sie, ihr wohl-erwogenes Votum zu annulliren und gegen ihre eigene Ueberzeugung zu stimmen.“ Wenn die Regierung mit ihrem Appell an das Volk den gewünschten Erfolg nicht habe, sei sie auf den Weg des Compromisses angewiesen. Die bloße Vorbringung neuer Gründe und Gesichtspunkte ist zur Rechtfertigung einer zweiten Auflösung nicht ausreichend. Der Artikel schließt wie folgt: „Wenn trotz dieser Sachlage eine nochmalige Auflösung wegen der Militärvorlage erfolgte, so würde der Ansehen erweckt werden, als wolle man durch verschärfte Anwendung der Druckmittel, die der Regierung zu Gebote stehen, ein anderes Wahlergebnis erzwingen, oder die Wähler durch die fortgesetzten Auflösungen und Neuwahlen zur Nachgiebigkeit zwingen. Beides würde gegen die Verfassung verstoßen und eine Beugung des Votums der Wähler bedeuten. Es begänne damit ein Scheinkonstitutionalismus, welcher unter den Formen der Verfassung das absolutistische Regiment der Regierung einführt. Auch in rein politischer Beziehung stellt sich die wiederholte Auflösung des Reichstages wegen ein und derselben Sache als widersätzlich dar und zwar deshalb, weil sie, anstatt die Wähler würde zu machen, zu einer verschärften Opposition derselben führe. Es muß aufreißend auf die Wähler wirken, wenn die Regierung erst gegen den Reichstag an sie appellirt, ihre Entscheidung aber dann als null und nichtig behandelt, wenn sie ihr nicht gefällt.“

(Graf Caprivi) erklärte in seiner Rede bei der zweiten Beratung der Militärvorlage u. a. „Ich kann im Namen der Regierungen den Konservativen nicht genug dafür danken, daß so lange es Konervative in Deutschland und Preußen gegeben hat, sie bei allen Fragen der Heeresverfassung und auch in diesem Falle auf Seiten der Regierung standen und ihre Umgebeung im Interesse des Ganzen unterstützt haben.“ In einem Artikel „Zunfünftum und Konervative Partei“ weist die „Köln. Ztg.“ nach, daß die heutige konservative Partei nur eine Gruppe von freisinnigen Leuten sei, die von der konservativen Partei nur die Flagge beibehalten, den Inhalt aber zu einem Gemisch von Sozial-Loyalität und thätlichen Anstrengungen mit demokratischen Anschauungen und

haben die „Köln. Ztg.“ fort, wenn wir annehmen, daß der besondere Dank, der der konservativen Reichstagsfraktion für ihre Haltung gegenüber der Militärvorlage ausgesprochen wurde, vorzugsweise durch die angestrebten Bemühungen derjenigen Mitglieder der Fraktion verdient ist, die jetzt, halb freiwillig, halb nothgedrungen auf eine Wiederwahl verzichten (d. h. der Herren v. Hellhoff u. Gen.). Er wird nun aber für solche Parteigebühren verworfen, wie Herr Söder, der an der gelobten Haltung sicher so unschuldig wie möglich ist und dessen Vorgesang mit allen Registern des Hohns und der Aufkündigung zur Opposition der Durchbringung der Militärvorlage entgegengerichtet hat. Wir müssen gestehen, daß uns hier wie sonst der Nutzen von Dingen, bei denen der Mißbrauch so bestimmt vorausgesehen werden kann, nicht klar ist.“

(Zu den neuen Steuerprojecten.) Der „Bresl. Ztg.“ wird aus Berlin telegraphirt: Die Regierung will von dem Plane einer direkten Reichs-Einkommensteuer nichts wissen. Der Finanzminister Miquel steht dem Plane entgegen und hat einen anderen Plan.“ Dazu bemerkt die „Köln. Ztg.“: In hiesigen Kreisen kennt man bereits diesen Plan: es handelt sich um die Einführung einer Reichserschafsteuer.

(Zu den Machinationen gegen das allgemeine Wahlrecht) erzählt die „Köln. Ztg.“ noch weiter, daß, wenn die Neuwahlen gegen die Militärvorlage entscheiden, alsdann Petitionen vorbereitet werden, um durch eine „freiwillige Volksbewegung“ einen Staatsstreich herbeizuführen. Das Petitionsformular soll an alle konservativen und national-liberalen Vereine zur Unterzeichnung gehen. An Stelle des bestehenden Reichstagswahlrechtes wünscht man eine Art Filtrirsystem zu setzen: Die nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Gemeindevorstellungen sollen die Kreisvertretungen wählen, die Kreisvertretungen die Provinzialvertretungen, die Provinzialvertretungen die Landtage und die Landtage der einzelnen Bundesstaaten die Abgeordneten zum Reichstage.

Zu den Reichstagswahlen.

* In Mühlhausen-Langensalza ist der freikonservative Führer Frhr. v. Jellig von der Candidatur zurückgetreten und an seiner Stelle Rittergutsbesitzer Klemm-Freien-Bessingen als Kartellcandidat aufgestellt worden.

* Im Wahlkreise Wangleben, der bisher von Herrn v. Benda (nathl.) vertreten war, hat sich ein hartes Anwachsen der Sozialdemokratie bemerkbar gemacht. Da Herr v. Benda in dem gegenwärtigen Wahlkampf nun obendrein die Unterstützung des „Bundes der Landwirthe“ findet, so haben die freisinnigen Elemente, um den Wahlkreis nicht in die Hände der Sozialdemokratie fallen zu lassen, sich zusammengezogen und sind in eine energische Agitation für den Oberlehrer Professor Dr. Gussow eingetreten. Herr Gussow hat sich der freisinnigen Vereinigung angeschlossen. Seine Aussichten, in die Stichwahl zu kommen, sind nicht gering. Am vergangenen Sonntag fanden nachmittags in Seehausen und abends in Groß-Wanzleben Versammlungen statt, die ungewöhnlich zahlreich, besonders auch von Landleuten besucht waren. In Seehausen waren etwa 500, in Wangleben gegen 400 Wähler versammelt. Die Candidatentreiben wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Unterstützung des Herrn Gussow war Herr Dr. Theodor Barth aus Berlin mit erschienen, der die Gelegenheit wahrnahm, um mit den an der Discussion theilnehmenden Sozialdemokraten abzurechnen. In Wangleben trat der sozialdemokratische Candidat Gerlach aus Halberstadt selbst hervor. Derselbe brachte jedoch so viele auch thatsächlich falsche Behauptungen vor, daß es Herrn Dr. Barth ein Leichtes war, denselben unter dem hürnischen Beifall der Versammlung seine Unzulänglichkeit nachzuweisen. Es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß es zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und Herrn Gussow oder Herrn v. Benda kommt. Wäre die freisinnige Candidatur nicht aufgestellt, so war der Sieg der Sozialdemokratie bereits im ersten Wahlgange zweifellos.

* Im Wahlkreise Sora ist in der am Sonntag abend stattgehabten Generalversammlung des liberalen Wahlvereins der bisherige Abgeordnete dieses Wahlkreises, Cuno Zschke, als Reichstagscandidat proklamiert worden. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß im Vertrauen zu der politischen Erfahrung und der patriotischen Einsicht des Candidaten es demselben überlassen bleiben soll, ob und welcher der bestehenden freisinnigen Fractionen er sich im Fall seiner Erwählung anschließen wolle.

* Regier. Freitag sprach Herr Dr. Barth in Kiel in den „Reichshallen“ vor etwa 2000 Wählern aller Parteien über die politische Situation.

allein im Stande sei, die allgemeinen Interessen des Reichs zu fördern. Der Vortrag übte eine zündende Wirkung. Namentlich bei den rein volkswirtschaftlichen, ungemein padenden und klaren Betrachtungen Barths brach die Versammlung in minutenlange stürmischen Jubel aus. Seine sachgemäße und schlagende Widerlegung der sozialistischen Utopien übte eine tiefgehende, klärende Wirkung aus.

* Auch der Candidat der freisinnigen Volkspartei im Wahlkreise Muri, Rechtsanwalt Hade, Leipzig, hat in seiner Candidatentrede am 2. Juni nach einem Bericht der „Wes. Ztg.“, eine Verpflichtung auf den Antrag Althaus Nägler — zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung der gegenwärtigen Präzedenz — abgelehnt. Seinen Standpunkt zur Militärvorlage präzisirte Herr Hade dahin: „Ich will mich nicht an eine bestimmte Zahl binden. Auf diese kommt es mir weniger an, als das die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt wird und daß die Kosten für die Mehrbewilligung zum größten Theile oder ganz aus dem 40 Millionen Gehalt für die Brenner abdeckt werden.“

* In Bromberg haben die Konservativen und der „Bund der Landwirthe“ gegen den freisinnigen Oberbürgermeister Bräufke, der sich eventuell der freisinnigen Vereinigung anschließen würde, Herr Falkenthal-Stupowa aufgestellt. Der Bromberger „Post-Anzeiger“ veröffentlicht jetzt folgendes „Einverständnis“: „In der national-liberalen Partei in Bromberg herrscht große Unzufriedenheit über den Beschluß des Vorstandes, der sich für die Candidatur Falkenthal entschieden hat. Besonders erregt e Mißfallen, daß sogar angesehenere Männer der Partei den Wahlausruf für den Candidaten der „Bundes der Landwirthe“ unterschrieben haben. Eine große Anzahl der Mitglieder hat heute bereit beschlossen, an der Partei auszutreten und für die Candidatur Bräufke zu stimmen.“

* Herr Ricker hat am Sonntag in einer großen Wählerversammlung in Danzig mitgetheilt, eine französische Zeitung habe von ihm ein Votum über die Militärvorlage verlangt. Da es bedenklich sei, a eine auswärtige Zeitung zu schreiben, so erklärte e hiermit öffentlich: „Deutschland ist einzig i dem Gedanken, daß sein Bestehen aufrecht erhalten wird, und das ganze Volk steht hinter der Regierung, wenn es sic um die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes handelt. Deutschland wolle den Frieden und die Militärausgaben seien gewissermaßen zu Versicherungsgeldern für die ungestörte Freiheit arbeit. Wir dienen deshalb dem Frieden, wenn wir der Regierung dasjenige bewilligen, was zur Wehrhaftigkeit des Vaterlandes notwendig ist.“

* Flensburg, 3. Juni. Die Sozialdemokratie fährt fort, dem Auslande deutsche Provinzen anzubieten; das geschieht, wie mit Esch Vorbringen so auch mit Schleswig. Um hier die Dänen zu gewinnen, sprach sich in einer Wählerversammlung der sozialdemokratische Candidat Schneidmstr. Mahle in der „nationalen Frage“ für die „volle Selbstbestimmung der Völker“ aus. Auf den Vorhalt, daß sein Parteigenosse Heintze, vieljähriger Reichstagscandidat für Kiel, das Herzogthum Schleswig für Deutschland unentbehrlich genannt habe, erklärte er, dieses „nicht glauben zu können“.

* Die Unabhängigen Berlins hielten am Sonntag in Rixdorf eine Versammlung ab, die aber nach außerordentlich stürmischem Verlauf der Auflösung verfiel. Nachdem Vuhbrucker Werner gegen die Theilnahme an den Wahlen gesprochen, erging sich der Anarchist Wiesenthal in starken Schimpfereien gegen die fractionellen Führer und entwarf darüber hürnische Unterbrechungen und zahlreiche thätliche Beleidigungen mit Säulen und Bierseideln. Der Leiter der Versammlung wollte zur Vermeidung einer Auflösung die Vertagung anordnen, die übermüdeten Beamten erzwangen aber die Leerung des Saales und stützten den Versammlungsleiter auf dessen Widerstreben.

Bemerktes.

* (Billige Fleischpreise.) In Sembeim, wo das Hund Rindfleisch 28 Pfennige kostet, verlangen sich die Leute, daß die Fleischpreise im Verhältniß zum Viehpreis immer noch zu hoch sind. Was sollen wir nun im Sommer zu anderen Verhältnissen legen, schreibt ein offenes Blatt, wo im ganzen Thale die Metzger das Fleisch um keinen Preis mehr kaufen wollen, und wir bis jetzt immer noch 40 und 48 Pfennige für das Hund Rindfleisch bezahlen müssen? Wenn es so fortanet, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als jede Woche einige Stück Vieh in jedem Dorfe zu schlachten und unter der Bevölkerung um billigen Preis zu verkaufen. In einigen Gemeinden haben bereits die Ortsverwaltungen Beschlüsse darüber gefaßt.

* (Thorn erhält elektrisches Licht.) Die Firma Siemens und Halske hat vom dortigen Magistrat die Conzession zur elektrischen Beleuchtung Thorn's erhalten und wird in dem 5 Kilometer von Thorn gelegenen Lebitz die Lichtstation anlegen. Lebitz liegt unmittelbar an der russischen Grenze.

Der Kandidat der Liberalen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt für die Reichstags-
wahlen ist

Herr Gutsbesitzer

Carl Ritter, Barnstedt b. Querfurt.

Wir ersuchen alle liberalen Wähler von Stadt und Land, am Wahltage nur unserem
Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen für Merseburg und Umgegend.

Heute Mittwoch den 7. Juni, abends 8¹/₂ Uhr,
im Saale des Schützenhauses
grosse öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl und die Stellung der Parteien zu derselben. Referent: Reichstagskandidat **Otto Mittag** aus Giebichenstein.
Freie Discussion. Unbeschränkte Redefreiheit. **Der Einberufer.**

Zum Kinderfest empfehle in grosser Auswahl
Stickereien, Spitzen, gestickte Kleider,
Mull, Nansoc, Batiste, Brocat à jour,
feinbarbige Cattune und Battiste, Nessel,
Schärpen für Knaben und Mädchen,
Fahnen jeder Art
zu billigen Preisen.
Ed. Zentgraf-Heber.

Filigran-Arbeit,
hier selbst für kurze Zeit.
Herstellung von Uhr- und Halsketten, Armbändern, Brochen, Haar-
und Ballschmuck. Kleiderreifeisen, Verzierungen von Wand- und
Bücher-Taschen, Sophakissen etc., sowie Blumenkörbchen, aus farbigen
Frah und Wolle gefertigt.

Seige hiermit an, daß ich hier selbst für kurze Zeit einen Unterricht in Filigran-
Arbeit eröffnen werde, und lade die geübten Damen zur Besichtigung derselben in meiner
Wohnung, **Hôtel zur Sonne**, ergebenst ein. Beginn des Unterrichts **Montag den**
5. Juni. — Die Arbeit ist nicht nur sehr interessant, sondern auch äußerst leicht zu erlernen,
selbst Anfängerinnen können gleich in den ersten Stunden Schmuck und Ketten herstellen. Der
Unterrichtspreis zur Erlernung sämtlicher Arbeiten beträgt für Damen 1 Mt. 50 Pf., für
Kinder 1 Mt. und steht es jeder Schülerin frei, so lange zu kommen, bis sie sich die Fertig-
keit zur selbstständigen Herstellung der Filigran-Arbeit angeeignet hat. Das Material dazu
ist sehr billig und ist dadurch Neben die Gelegenheit geboten, die schönsten Geschenke herzu-
stellen. Unterrichtsstunden täglich von morgens 8-12, nachmittags von 2-7 Uhr; für
Damen, die tags über keine Zeit haben Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 8-10
Uhr. — Die Firma **Franz Seyffert** hatte die Güte, mir in ihrem Schaufenster die Aus-
stellung einer kleinen Auswahl in Schmuck nebst Blumenkörbchen zu gestatten.

Otilie Haberland.

Wegen vorgerückter Saison verkaufe
Damenspizenhüte,
Damen- und Kinderstrohhüte
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Als neu eingegangen empfehle
Strandhüte, größte Neuheit,
zu 90 und 100 Pf.
Franz Lorenz
(Firma Emil Ploehn & Co.).

Der sich am 26. Mai d. J. begründete
Wahlverein der Liberalen
für Merseburg und Umgegend
hält
Freitag den 9. Juni e., abends 8 Uhr,
im „**Tivoli**“ zu Merseburg

seine erste
Generalversammlung
ab. Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten.
Liberalen Wähler, die beabsichtigen, dem Vereine beizutreten, werden
hiermit eingeladen.

Tagesordnung: 1) Vorstandswahl.
2) Verschiedenes.
Der prov. Vorstand.

Herren- und Knaben-Anzüge,
leichte Sommer-Jaquets von Lüftre und Fägetlich, Arbeits-
Anzüge, gut gearbeitet, empfehle zu billigsten Preisen.
Anfertigung nach Maass.
H. Lehmann, Schneidermstr.,
Seitenbeutel II.



Wahre Wunderkinder
erzieht man mit **Koch's Nährzwieback**. Derselbe bildet
den Kindern gewisses Blut, stärkt Knochenbau und
schützt vor den Kinderkrankheiten. (Nr. 36591.)
Karl Koch's Nährzwieback
regelt den Stuhlgang und verhindert Verdauungs-
störungen; ist demnächst seines hohen Nährwertes auch
die beste Speise für Wächserinnen, Kranke, Magen-
leidende und Hefenbalancen. Zu Dünen und
Paketten zu 10, 20, 30 und 60 Pf. bei
A. B. Sauerbrey.

Ein großer Transport bester und
schwerster **Altensburger** hochtragender und
neumilchender Kühe mit den Fälschen ist
bei mir zu soliden Preisen zum Verkauf
eingetroffen.
Otto Heilmann.

Gerichtlicher Ausverkauf.
Das zur Kleiderhändler **Otto Engel's**cher Concursmasse ge-
hörige Waarenlager, als:
Schnitt- u. Weißwaaren, Feinen- u. Universal-
Wäsche, Schlipse, Handschuhe, auch Wollwaaren,
Strickwolle, Posamenten, Barchenthenden,
Blousen, Schürzen, Kinderkleidchen, Damenröcke,
ferner:
Herrengarderobe und Tuchstoffe,
soll in dem bisherigen Geschäftslokale **kleine Ritterstraße Nr. 13**
von Montag den 5. Juni d. J. an
zu herabgesetzten Preisen ausverkauft werden.
Geöffnet werktäglich 9-12 Uhr Vorm. und 3-5 Uhr Nachm.
Der Verwalter **Kuntz.**

Steuern eine Beilage.

Provinz und Umgegend.

Halle a. S., 5. Juni. In der Nähe des alten Thüringer Bahnhofes wurde gestern gegen Abend ein Mensch von Arbeitern gefangen gegen ...

Weissenfels, 4. Juni. Die hiesige, 101 Mann zählende „Freiwillige Feuerwehr“ beging gestern und heute in festlicher Weise ihr 30 jähriges Bestehen. Heute Vormittag vereinigten sich die zur Abnahme an dem Feste erschienenen Fremden Feuerwehren mit der hiesigen zu einer Parade-Auffstellung auf dem Markte, woselbst in Gegenwart der Spitzen der städtischen und Staatsbehörden Herr Bürgermeister Falkson die Gäste willkommen hieß ...

Auf Rittergut Weisberg bei Hettstedt geriet am Montag ein Arbeiter in das plötzlich in Bewegung gesetzte Getriebe der Häckelmaschine. Es wurde ihm die linke Hand fast gänzlich abgetrennt, sodas dieselbe in der Hallischen Klinik, wohin der Verletzte nach Anlegung von Holzverbanden gebracht wurde, wird abgenommen werden müssen.

In voriger Woche sind in der Umgegend von Gotha viele Kartoffelfelder durch Nachfröste erheblich geschädigt worden.

Localnachrichten.

Merseburg, den 7. Juni 1893.

Der Huz Regierungspräsident hier selbst giebt bekannt, das, nachdem die Maul- und Klauen-seuche im hiesigen Bezirke fast erloschen ist, die unterm 7. September v. J. erlassene polizeiliche Anordnung, betreffend das Treiben von Schweinen auf öffentlichen Wegen, sowie die Reinigung und Desinfection des gewerbsmäßig zum Transport von Vieh benutzten Fuhrwerks, wieder aufgehoben ist.

Nach § 366 des Strafgesetzbuches wird mit Gehstrafe bis zu 60 Mk. oder Haft belegt, wer nach öffentlichen Straßen oder Drien hinaus, wo Menschen zu verkehren pflegen, Sachen, durch deren Umstürzen oder Herabfallen, z. B. Blumenkörbe, jemand beschädigt werden kann, ohne gehörige Vorsicht aufstellt, aufhängt oder auf eine Weise ausgießt oder auswirft, das dadurch Jemand beschädigt oder verunreinigt werden kann.

Wichtig für unsere Jägerwelt, in dessen noch keineswegs überall bekannt, ist die Thatfache, das die Jagdherren oder deren verantwortliche Beamte verpflichtet sind, die als Treiber dienenden Personen in der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu versichern und das die Unterlassung dieser Verpflichtung nach § 143 des Gesetzes Geldstrafe bis zu 300 Mk. zur Folge haben kann. Der Revierverwalter eines Berliner Herrn, dessen Jagdpachtung im Dvergangenen Jahre, erhielt kurz nach einer in der verfloffenen Jagdzeit abgehaltenen Treibjagd ein polizeiliches Strafmandat wegen unterlassenen Markenlebens für einen versicherungspflichtigen Menschen, der als Treiber gebient hatte, sonst in der betr. Woche aber keine Beschäftigung gehabt hatte, wo den gesetzlichen Vorschriften gemäß für ihn hätte gelebt werden müssen. Der Verwalter lebte, ohne eine Begründung zu geben, die Zahlung der Polizeistrafe ab. So kam es zur gerichtlichen Entscheidung. Das Gericht verurteilte ihn, indem es auf die §§ 1 und 100 des Gesetzes, die deutlich genug wären, hinwies, zur Zahlung von Strafe und Kosten. Nur dann gebt den Jagdherren nämlich der Versicherungszwang der ihm als Treiber dienenden Personen nichts an,

wenn der Treiber in der Woche, wo die Treibjagd stattfindet, bereits an irgend einer anderen Stelle versicherungspflichtig geworden ist, da dann jener Arbeitgeber für das Markenlebens aufzukommen hat. (Eingebandt.) Laut Anschlagzettel sollte am letzten Sonntag im Volkstheater die Gefangene „Die Reise durch Berlin in 80 Stunden“ zur Aufführung gelangen. Vor Beginn der Vorstellung stellte sich jedoch ein kleiner Regenschauer ein, und sah sich das Publikum genötigt, nach dem völlig leeren Saale zu gehen und hier der Dinge zu harren, die da kommen sollten. Bis zum Schluss des dritten Bildes ging Alles glatt von statten. Als dann nach einer Bekanntgabe des Herrn Directors das nächste Bild im Garten gegeben werden mußte, da sich das zur Aufführung nötige Klavier auf der Sommerbühne befand, stürzte Alles dem Ausgange zu, um sobald als möglich einen schönen Platz zu finden. Wenn nur allein das Klavier der Sündenbock gewesen wäre, woswegen diese Störung stattfand, möchte es noch gehen. Als aber nach dem 4. Bilde das Publikum wieder nach dem Saale zurückwollte (infolge eingetretenen Regens), konnte es nicht. Warum? Der Saal war völlig von Stühlen und Tischen gesäubert und hielt ein hiesiger Verein sein Vergnügen darin ab. — Darum also diese Verwirrung!

Stadterordneten-Sitzung.

Merseburg, den 5. Juni 1893. Der Vorsitzende Stadtpf. Dr. Witte eröffnet die Sitzung mit folgenden Mitteilungen: 1) Die unterm 10. April d. J. vollzogene Wiederwahl des unbesoldeten Stadtraths Berger auf eine weitere 6 jährige Amtsperiode hat die Genehmigung des königl. Regierungspräsidenten erhalten. — 2) Vom Staatsministerium ist auf eine Petition der städtischen Behörden wegen Aufhebung direkter Staatssteuern, Erlas eines Ergänzungsteuer- und eines Communalabgabengesetzes der Bescheid eingegangen, das die Petition durch die jüngsten Beschlüsse des preussischen Abgeordnetenhaus ihre Erledigung gefunden hat. — 3) Der Vorstand des Bürgerrettungs-Instituts hat den Magistrat benachrichtigt, das das Institut die Zuschüsse der städtischen Sparcasse vom 1. April d. J. an nicht mehr in Anspruch nehmen werde. — 4) Ein Verzeichnis der von der Stadt vergebenen Universitäts-Stipendien ist der Versammlung zugegangen und wird bei deren Mitgliedern circuliren. — Die Tagesordnung wird hierauf wie folgt erledigt:

1) Die Wahl eines Armenbezirksvorstehers fällt auf den Strumpfwirkermeister Adolf Henschel, Delgnbe.

2) Stadtpf. Rindfleisch referirt über den Finalabschluß der Kammereicasse für 1892/93. Ein Antrag knüpft sich hieran nicht.

3) Stadtpf. Witte unterbreitet der Versammlung einen Antrag des Magistrats auf nachträgliche Genehmigung einer Ausgabe von 140 Mk., welche der Witwe Scharte, Neumarkt, für einen Streifen Terrain in der Meufchauer Straße gezahlt worden sind. Frau Scharte hat sich bereit finden lassen, gelegentlich der Herstellung einer Grenzmauer gleichzeitig ihre Niederlage abzugeben und mit dem Neubau bis zur vorgeschriebenen Bauaufsichtlinie einzuziehen. Die Vorlage wird anstandslos genehmigt.

4) Ref. Stadtpf. Rummel. Der Holzhändler Rühlendorf hat den Pachvertrag über die bisher von ihm benutzte städtische Gießgrube an der Weissenfeler Straße aufgelöst. In einem neuerdings anberaumten Verpachtungstermine ist nur ein Gebot in Höhe von 90 Mk. erzielt worden. Dies ist der Defononiedepuration zu gering erschienen und hat dieselbe namentlich angeichts der Nothwendigkeit einer Reparatur, die etwa 250 Mk. kosten würde, beschlossen, die fragl. Gießgrube abzubrechen und den gewonnenen Platz anzupflanzen. Magistrat hat sich hiermit einverstanden erklärt und ertheilt auch die Versammlung auf Antrag des Referenten dem Project ihre Zustimmung.

5) Ref. Stadtpf. Hoffmann. Magistrat hat beschlossen, den neben der städtischen Pumpstation bei Hofen liegenden Theil des früher Burkhardtschen Planrückes, der infolge seines tiefen Bodens und seiner abschüssigen Lage bis jetzt noch keine Verwendung gefunden hat, mit Bäumen und Strauchwerk zu bepflanzen und der Verwaltung des Wasserwerks zu übergeben. Die Stadtpf. Bernhardt und Meißner machen Vorschläge betr. der Bepflanzung, die sich auf Kirsch- und Waldbäume beschränken dürfte. Die Vorlage wird hierauf dem Antrage des Referenten entsprechend angenommen.

6) Stadtpf. Pefold giebt Kenntniss von einer Entscheidung des Provinzialraths vom 13. März d. J., nach welcher die von den Stadtbehörden beschlossene und vom hiesigen Bezirksauschuss bewilligte Abänderung der Bauaufsichtsin in der

Preussische Regierung nicht genehmigt. 7) Ref. Stadtpf. ... rüfungspräsident hat die nachrichtigt, das für die in diesem Jahre statt wie d. 440 000 Mk. Zuschüsse a. gegeben werden können und insolge. für die hiesige Handwerker-Förderung 2030 auf 1650 Mk. herabgesetzt worden. Minister bemilligt letztere Summe nur unter der Bedingung, das die betreffenden Schulen in der hiesigen Weise bestehen bleiben. Magistrat hat beschlossen, die fehlenden 380 Mk. auf Titel V der Kammereicasse zu übernehmen. Die Versammlung ertheilt hierzu ihre Zustimmung.

8) Stadtpf. Schönberger unterbreitet der Versammlung ein vom Magistrat beschlossenes neues Hundesteuer-Regulativ, das gegenüber dem bisherigen vom Jahre 1844 eine mäßige Erhöhung der Hundsteuer und zwar auf 9 Mk. pro Jahr und Hund enthält. Steuerfrei sollen auch ferner alle Hunde sein, welche von Hausbesitzern zur Bewachung ihrer Grundstücke oder zu einem betriebenen Gewerbe gebraucht werden (Gartenhunde, Feldhüter und Hüterhunde, Fleischhunde und Ziehthunde). Das Regulativ tritt am 1. April 1894 in Kraft. Referent ist mit dem Regulativ bis auf den Steuerfah, den er zu niedrig findet, einverstanden und beantragt, das 9 Mk. 15 Pf. Jahressteuer für Lughunde festzusetzen. Bürgermeister Reinefarch tritt dem Antrage entgegen und hält 9 Mk. für angemessen, da bei 15 Mk. Steuer das Halten eines Hundes das Privilegium reicher Leute werde. Stadtpf. Hoffmann möchte die Steuer in einigen Jahren auf 10 Mk. erhöht sehen und auch noch weitere Beschränkungen eingeführt wissen. Stadtpf. Glas beantragt die unveränderte Annahme der Magistratsvorlage. Stadtpf. Frauenheim die Festsetzung einer Jahressteuer von 12 Mk. Stadtpf. Heyne bemerkt, das hier viele Leute wohl Kettenhunde, aber keine Ketten haben. Bei der Abstimmung werden die Anträge Schönberger und Frauenheim abgelehnt und die Magistratsvorlage gemäß dem Antrage des Stadtpf. Glas unverändert angenommen.

9) Stadtpf. Heber legt der Versammlung ein Gesuch zweier Halleischer Photographen wegen Anbringung eines Schaufensters am Entenplan vor. Magistrat hat das Gesuch genehmigt und eine jährliche Entschädigung von 5 Mk. verlangt. Stadtpf. Meißner schlägt vor, die Entschädigung auf 25 Mk. zu erhöhen. Stadtpf. Barth und Frauenheim sprechen sich gegen die Bemilligung des Gesuchs überhaupt aus. Die hierauf folgende Abstimmung ergibt die Ablehnung der Vorlage.

10) Ref. Stadtpf. Richter. Durch neuerdings wieder bestimmt aufgetretene Gerüchte über die Verlegung des 12. Husaren-Regiments hat sich Magistrat veranlaßt gesehen, nähere Erkundigungen in dieser Sache einzuziehen und hat hierbei in Erfahrung gebracht, das die Stadt Torgau dem Kriegsministerium folgendes Angebot gemacht haben soll: Eine Kaserne für das ganze 12. Husaren-Regiment zu bauen und einen ausreichend großen Exercierplatz zur Verfügung zu stellen, falls der Staat sich bereit erklärt, die etwa 2 Millionen Mark betragenden Baukosten mit 3 1/2 Prozent zu verzinsen und mit 7 1/2 Prozent zu amortisiren. Angeichts der Beschädigung, welche eine Verlegung der jetzigen Garnison für unsere Stadt herbeiführen würde, hat Magistrat beschlossen, ein dem Torgauer gleichwerthiges Angebot beim Kriegsministerium zu machen und die Stadterordneten zu ersuchen, diesem Beschlusse beizustimmen. Der Referent weist noch besonders auf den Verlust hin, den eine Verlegung der Husaren mit sich brächte und befüwortet den Magistratsantrag. Gegen denselben erhebt sich eine lebhafteste Opposition. Stadtpf. Frauenheim hat zunächst schwere Bedenken wegen der Vergrößerung des jetzigen Exercierplatzes auf etwa 300 Morgen. Stadtpf. Barth ist gegen jedes größere Opfer für einen Kasernenbau. Stadtpf. Graul bezeichnet die jetzigen Kasernen als kostspielige Luxusbauten, mit deren Herstellung sich eine Stadt wie Merseburg nicht befassen könne und erücht den Magistrat, doch zunächst einmal zuverlässige Informationen einzuziehen. Bürgermeister Reinefarch verweist auf den ihm vor 4 Jahren zu Theil gewordenen Bescheid des Corpscomandeurs und des Kriegsministers, welsch letzterer sich dahin geäußert, das keine Absicht vorliege, das Regiment aus seinen jetzigen Garnisonen zu verlegen. Magistrat habe sich gesagt, das die Genehmigung zu einem Kasernenbau auf städtische Kosten von den Stadterordneten nicht zu erlangen sei und deshalb den Antrag, wie es vorliege, gestellt, trotzdem vorausgesetzt werden müsse, das die Militärverwaltung sich auf irgend welche Garantien nicht einlassen werde. Andere Vorschläge



Correspondent.

Ersteinst: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Postamtliche Stelle: Delstraße Nr. 5.

Wöchentliche Beilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 30 Pfg. durch den Hermiträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 111.

Wittwoch den 7. Juni.

1893.

„An die deutschen Handwerksmeister“

wird ein im Selbstverlag des Wahlvereins der deutschen Konservativen gedrucktes Flugblatt in den Wahlkreisen verbreitet, aus dem man sich eine Vorstellung davon machen kann, was von der gepriesenen Gewerbefreiheit im deutschen Reich noch übrig bleiben würde, wenn die Deutschkonservativen im neuen Reichstage einen maßgebenden Einfluß gewinnen sollten. In diesem ungewöhnlich langen Schriftstück sind alle Anträge zur Beschränkung der Gewerbefreiheit, welche die Deutschkonservativen seit länger als 20 Jahren im Reichstage, glücklicher Weise vergeblich eingebracht haben, mit angänglicher Sorgfalt aufgeählt, um zu beweisen, daß es einzig und allein der konservativen Partei im Reichstage zu verdanken ist, daß die Handwerkerforderungen liberalerseits nicht mehr todtschwiegen werden könnten, sondern immer von Neuem wieder auf der Tagesordnung erscheinen mußten. Wie verhält es sich nun mit diesen Forderungen? „Die Nothlage des Handwerkerstandes und des Kleinhandels ist in der Hauptsache durch die liberale Gesetzgebung, insbesondere durch die Gewerbefreiheit herbeigeführt worden“. Es gehört eine mehr als gewöhnliche Kühnheit dazu, eine derartige Behauptung aufzustellen. Die Einführung der Gewerbefreiheit verdankt Deutschland bekanntlich dem Reichsgesetz von 1869. In Preußen war die allgemeine Gewerbeordnung, welche den Gewerbebetrieb von der Zunftspflicht löste, schon im Jahre 1845 erlassen worden; aber dieses Gesetz regelte nur die durch den Verfall der Zünfte geschaffenen Verhältnisse. Nicht die Reichsgewerbeordnung von 1869 und auch nicht die preussische von 1845 haben die Nothlage des Handwerks geschaffen. Schon in der Petition, welche der Heibelberger Gewerbeverein im Jahre 1848 an den deutschen Reichstag in Frankfurt a. M. richtete, hieß es: „Der Mittelstand ist größtentheils verarmt, der Credit vernichtet“. In einer Petition von 391 Handwerksmeistern der Stadt Bonn, welche im Jahre 1848 dem Minister Campauren überreicht wurde, war gefordert, daß nur ein Gehalt gehalten werden, daß kein Geselle vor dem 25. Lebensjahre Meister werden dürfe. Weiterhin, Beschränkung der Erlangung des Meistertitels auf ein Gewerbe, Erziehung der Meisterei, Beschränkung des Gebrauchs von Dampfmaschinen wurden schon damals gefordert. Diese Petition war das Signal zum Kampfe gegen die Gewerbefreiheit. Sine Durchsührung derselben waren es erst recht die schwächeren Elemente des Handwerks, welche wirtschaftliche Schäden durch gesetzliche Maßregeln zu heilen geneigt waren, anstatt die für Alle gewonnene Freiheit zu benutzen, um den wirtschaftlichen Kampf mit Erfolg aufzunehmen und durchzuführen. Zu keiner Zeit hätte es dem Handwerk an der Möglichkeit gefehlt, durch Vereinigung zu Genossenschaften gegen das Uebergewicht des Kapitals anzukämpfen. Aber der Gedanke an die alten Zünfte hat einen Theil des Handwerks hypnotisirt und damit den Vorkämpfern der politischen Reaction die Handhabe geboten, diesen Theil der Handwerker als „Stimmvieh“ zu mißbrauchen. Im Jahre 1881 haben auch die entschiedenen Liberalen sich mit der Wiedereinführung freier Innungen einverstanden erklärt; aber gerade das Innungsgesetz von 1882 hat die Probe darauf gestellt, daß das Handwerk das Bedürfnis nach einer berufsgenossenschaftlichen Organisation nicht empfindet. Sämmtliche 10 223 Innungen, welche am 1. Dezember 1890 innerhalb des Reichsgebiets bestanden, zählen nicht mehr als 321 219 Mitglieder, also nur einen sehr kleinen Theil der selbstständigen Handwerker. Daher die Ueberzeugung, daß ohne Zwangsmaßregeln das, was man euphemistisch „Wiederbelebung des Handwerks“ nennt, unmöglich ist. Deshalb kämpfte man auf den Handwerkertagen „wie die Löwen“ für den Besichtigungsanspruch, um sich schließlich von den Vertretern der Reichsregierung sagen zu lassen, daß die Einführung des Besichtigungsanspruches dem



Politische Uebersicht.

Der Heres-Ausschuß der ungarischen Delegation beendete die Centraldebatte des Heres-ordinariums. Im Laufe derselben erklärte der Kriegsminister, man müsse mit der Steigerung der Wehrkraft anderer Staaten Schritt halten, betonte alldann die schon im Frieden notwendige Ausgestaltung der Kavallerie, wofür die geforderten Offiziere bestimmt seien, und rechtfertigte die Vermehrung der Stabsoffiziere und Generale mit dem plötzlichen Eintreten der Mehrbedarft im Kriegesfälle. Die Bildung neuer Divisionen und Corps aus den Ersatzkörpern sei nicht beabsichtigt. Bei der Eigenart der Kriegsverhältnisse jedoch könne man keine Bürgschaft dafür geben, daß die Ersatztruppe vor dem Uebergang in Feldtruppen nicht in Gefechtsaktion komme. Die allseits gewünschte Verbesserung der Stellung der Militärärzte sei notwendig, die Errichtung der 16. Batterie bei jedem Corps bedeute keine Neuorganisation, sondern lediglich eine zweckmäßige Neugliederung der Feldartillerie. Im Laufe der Spezialberatung am Montag wurden keine Abänderungsbeschlüsse gefaßt. Zu ein Exemplar der Provinzialführerwerke und der zusammenlegbaren Tragelatte wurde praktisch den Mitgliedern der Commission demonstirt.

Constats, der frühere französische Minister des Innern, hat am Sonntag in Toulouse eine längere politische Rede gehalten, an deren Schluß er betonte, daß Frankreich sich seiner Kraft nur bebene, um im Innern Allen die Wohlfahrt und nach außen hin den Frieden zu sichern unter völliger Wahrung seiner Rechte, denen es bei Allen und überall Achtung zu verschaffen entschlossen ist.

Im schweizerischen Kanton Bern wurde in der Volksabstimmung die neue fortschrittliche Verfassung für den Kanton mit 55 000 gegen 15 000 Stimmen angenommen. Die bisherige Verfassung, die älteste aller kantonalen Verfassungen, wurde im Jahre 1846 eingeführt.

Der italienische Senat stimmte fast ohne Debatte den Kapiteln 1, 2 und 4 des Pensionsgesetzesentwurfs zu. Bei Kapitel 3, betreffend die Errichtung einer Sparkasse für neuangestellte Civil- und Militärbeamte, erklärte sich der Schatzminister

einmüthig für die Annahme einer aufschiebenden Anordnung, durch welche die Regierung aufgefordert wird, im November eine neue Vorlage über die Errichtung der neuen Pensionskassen einzubringen. Der Senat genehmigte diese Tagesordnung und ihm darauf in geheimer Abstimmung mit 137 gegen 113 Stimmen die gesammte Vorlage an.

Das Verbot des Robbenfanges in dem Meeressperre, welches im Jahre 1891 für russische Schiffe erlassen wurde, ist von der britischen Regierung in einer vom 16. Mai d. J. datirten und in der amtlichen „London Gazette“ vom 17. Mai d. J. veröffentlichten Verordnung bis zum 1. Mai 1894 verlängert worden.

Im spanischen Senat ergab die Abstimmung über den Bericht der Commission, welche die gerichtliche Verfolgung des ehemaligen Madrider Bürgermeisters Besch befürwortet, Stimmengleichheit; gegen die Beschlüßordnung muß daher die Abstimmung in geheimer in der nächsten Sitzung des Senats wiederholt werden. — Der spanische Minister Rath beschloß, anlässlich der Budgetberatung die Verweilungsfrage zu stellen. — Der Kriegs- und Marine-Minister brachten Vorlagen ein, wonach die Präsenzstärke der aktiven Landarmee auf 80 000 Mann und jene der Marine auf 7000 Mann festgesetzt wird. Die bulgarische Verfassungsänderung, welche nunmehr von der Sobranje endgiltig erledigt worden ist, betrifft in der Hauptsache folgende Punkte: Der Fürst führt den Titel „Zarsko Visotschestvo“, also der Thronfolger, Dieser Titel entspricht etwa „kaiserlichen Hoheit“. Der erste Nachfolger des gewählten Fürsten braucht nicht der orthodoxen Religion anzugehören. Der Fürst hat das Recht, Orden zu verleihen. Die Abgeordneten der Sobranje werden für fünf Jahre gewählt, auf 20 000 Bulgaren berechnet. Jedes Stimmrecht entfällt ein Abgeordneter. Früher wurde auf 10 000 Seelen ein Abgeordneter für drei Jahre gewählt. Die Beschlüßfähigkeit der Sobranje ist bei Anwesenheit von mehr als einem Drittel der Abgeordneten vorhanden. Früher wurde die Hälfte verlangt. — Die geheime Stimmenabgabe kann nur auf Antrag von 10 Mitgliedern und nach Annahme dieses Antrags durch die Sobranje geschehen. Die letztere Bedingung fehlte bisher in der Verfassung. — Der Fürst hat das Recht, unvorhergesehene Ausgaben des Staates bis zu einer Höhe von einer Million Francs zu gestatten. Die alte Verfassung setzt diese Höhe auf 300 000 Francs fest. — Allen Abgeordneten werden Tagegelde gezahlt. Früher hatten nur die ein Recht auf Tagegelde, welche an einem anderen Orte lebten, als an dem, an welchem die Sobranje tagte. Die Tagegelde wurden auf 20 Francs festgesetzt. Die Zahl der Abgeordneten zur großen Sobranje wird auf die doppelte Zahl der Abgeordneten zur gewöhnlichen Sobranje festgesetzt. Es werden zwei neue Ministerien geschaffen: das Ministerium der öffentlichen Arbeiten und des Verkehrs. — Die Wahlen zur bulgarischen Sobranje sind durch Dekret des Fürsten Ferdinand auf den 18. (30.) Juli anberaumt worden.

Aus dem serbischen Cabinet wird gemeldet, daß sämmtliche radikalen Kabinetmitglieder in die Stapschakra gewählt worden sind. Der Kriegsminister Franzosowitsch und der Minister für öffentliche Arbeiten, Stanfowitsch, wurden nicht gewählt. Allem Anschein nach sind die grundlossten Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Reorganisation des Cabinets auf letzteren Umstand zurückzuführen. — Erz Königin Natalia wird nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten von Sinaja aus, bevor sie nach Warschau zurückkehrt, einer Einladung des russischen Kaiserpaars nach Petersburg folgen, um daselbst einige Tage zu verweilen.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. Der Kaiser hatte gestern Morgen in die Umgebung von Potsdam einen